

Polizei beschlagnahmt Dresden-Plakat - Bundestagsabgeordnete beim Plakatieren festgenommen



20.01.2010: Am 19. Januar 2010 wurde von der Polizei im Auftrag der Dresdner Staatsanwaltschaft die Geschäftsstelle der sächsischen LINKEN in Dresden durchsucht. Dabei wurden Plakate des Bündnisses "Dresden nazifrei!", beschlagnahmt.

Dies entspricht der Ankündigung der neuen Familienministerin Kristina Köhler (CDU), die Extremismusbekämpfung der Bundesregierung neu auszurichten und mehr Mittel zum Kampf gegen den sogenannten Linksextremismus einzusetzen.

"Gemeinsam blockieren", heißt es auf den Protest-Plakaten gegen den größten Naziaufmarsch Europas in Dresden am 13. Februar. Nach Ansicht der Sicherheitsbehörden sei dies ein Aufruf zu Straftaten. Am Dienstagmittag durchsuchten die Polizei daraufhin in Dresden die Landesgeschäftsstelle der Partei die Linke und ein Ladengeschäft linker Gruppen in Berlin. Tausende Plakate, Flyer und Sticker wurden beschlagnahmt.

Entworfen hat das Plakat das bundesweite Bündnis "Dresden - Nazifrei".

Das Bündnis wird u.a. von der LINKEN, der DKP, den Grünen, den Jusos, den Gewerkschaften ver.di, IG Metall, NGG und weiteren Initiativen getragen, insgesamt 230 Organisationen und Gruppen sowie über 800 Einzelpersonen.

Zu der Polizeiaktion erklärte die Bundesvereinigung VVN-BdA:

Nazis blockieren ist unser Recht! Keine Kriminalisierung von zivilem Ungehorsam gegen Neofaschismus, Rassismus und Antisemitismus!

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten protestiert gegen die Durchsuchung von linken Einrichtungen in Dresden und Berlin und die Beschlagnahme Tausender Mobilisierungsplakate, Flugblätter und mehreren Computern der Dresdener LINKEN und des Berliner Infoladens „Red Stuff“ durch die Polizei.

Nur wenige Wochen vor dem größten Neonazi-Aufmarsch in Europa, geht von den Sicherheitsbehörden ein falsches, fatales Signal der Verharmlosung, ja Unterstützung von neofaschistischen Umtrieben aus. Menschen, die sich dem braunen Mob in Dresden entschlossen entgegenstellen wollen, werden kriminalisiert. Sie sollen abgeschreckt und verunsichert werden.

Ein breites Bündnis aus Parteien, Gewerkschaften, Jugendorganisationen, von Verfolgten des Naziregimes und unabhängigen AntifaschistInnen rufen zum Protest gegen den Aufzug von Neonazis aus ganz Europa am 13. Februar in Dresden auf.

Am 13. Februar in Dresden - Blockieren ist unser Recht! Die Nazis sind das Problem- für ein sofortiges Verbot der NPD! Keine Kriminalisierung des antifaschistischen Protestes

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Renate Licht (Landesvorsitzende DGB Thüringen), Bodo Ramelow (Fraktionsvorsitzender Die Linke im Thüringer Landtag) und Astrid Rothe-Beinlich (Vizepräsidentin des Thüringer Landtag) erklären:

"Das polizeiliche Vorgehen gegen das Aktionsbündnis „Dresden Nazifrei“ in Dresden und Berlin ist absolut unangemessen. In den Geschäftsstellen des DGB, der SPD, der Partei die Linke und Bündnis90/ Die Grünen in Thüringen liegen weiterhin die Mobilisierungsplakate, welche gestern den Anlass für Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen lieferten, zur Abholung bereit.

Wir mobilisieren gemeinsam weiter und lassen uns nicht in gute und böse Proteste spalten. Die polizeilichen Maßnahmen haben der Demokratie in Deutschland einen Bärendienst erwiesen, waren Wasser auf die Mühlen der Nazis und sind ein völlig falsches Signal.

Nicht die Kriminalisierung von Protesten gegen rechtsextreme und menschenfeindliche Organisationen, sondern das gemeinsame Agieren gegen deren Strukturen und Einstellungen steht für uns alle im Vordergrund. Deshalb werben wir auch und gerade jetzt um eine rege Beteiligung an den friedlichen Protesten am 13. Februar in Dresden und zeigen selbst vor Ort Gesicht.“

In vielen Orten wurde öffentlich dazu aufgerufen, die „verbotenen“ Plakate demonstrativ zu verkleben. In Berlin wurde die Aktion von verschiedenen Bundestagsabgeordneten der LINKEN unterstützt, die die Plakatierenden begleitet haben. Dabei wurde die Bundestagsabgeordnete Dorotheé Menzner (Linke) am **Mittwochabend in Berlin von der Polizei festgenommen**, als sie mit mehreren Jugendlichen Plakate gegen den Naziaufmarsch in Dresden plakatiert hatte. Die vier Jugendlichen wurden zur Personalienfeststellung auf die Polizeiwache gebracht. Zwei von ihnen wurden den Angaben zufolge mit Handschellen aneinandergefesselt. Ihnen und Menzner wird ein Aufruf zu Straftaten vorgeworfen. Weitere Plaktiergruppen wurden von den Bundestagsabgeordnete der Linksfraktion Karin Binder, Heidrun Dietrich, Nicole Gohlke und Dorotheé Menzner begleitet.

Die Tageszeitung **junge Welt** hat in ihrer **Ausgabe vom 21.01.2010** demonstrativ das Plakat auf der Titelseite abgedruckt.